

Leserbrief
zu: „Ukraine: Ein Krieg um die zerfallende Weltordnung“

Den Beitrag des Ökumenischen Netzes Rhein – Mosel – Saar e.V. habe ich mehrmals gelesen und mit meinem (wirtschafts-)politisch gut informierten Mann darüber diskutiert.

Im Editorial dieser PC-Korrespondenz heißt es, die Stellungnahme sei in der Redaktion „nicht unumstritten“. Mich würden die Argumente beider Seiten interessieren. Vielleicht können sie in einem der nächsten Newsletter aus Münster veröffentlicht werden.

Zunächst möchte ich zugeben, dass ich mit der Sprache des Artikels einige Probleme hatte. Wer sich mit der wissenschaftlich-kapitalismuskritischen Begrifflichkeit nicht so gut auskennt, stolpert über einige Passagen.

Ich teile viele Besorgnisse, die in der Stellungnahme zum Ausdruck kommen:
dass der Krieg immer mehr Leid und Tod mit sich bringt;
dass weitere Länder wie Polen und das Baltikum Angst haben müssen, dem wahnhaften Traum von einem großrussischen Reich zum Opfer zu fallen;
dass Putin und Russland zum Reich des Bösen erklärt und dämonisiert werden;
dass die Regierungen der westlichen Länder ihre Politik mit den „Erzählungen“ von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten überhöhen;
dass fortgesetzt auf Konfrontation und Konkurrenz gesetzt wird und Wege zu Kooperation und gemeinsamer Sicherheit verbaut werden;
dass der bereits sehr blutige Konflikt eskalieren könnte, bis hin zum Einsatz von Atomwaffen;
dass der Krieg zu einer furchtbaren Ernährungskrise führt, vor allem in Afrika;
dass die wirtschaftlichen Folgen von Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen verheerend werden, vor allem für die Ärmern;
dass auf unabsehbare Zeit Ressourcen fehlen werden, u.a. für die Abmilderung der Klimakrise;
dass Geflüchtete gegeneinander ausgespielt werden;
dass soziale Spaltungen zunehmen, einschließlich der Neigung, Sündenböcke zu identifizieren (Verschwörungserzählungen, Rassismus, Antisemitismus).

Allerdings hat der Beitrag auch eine Vielzahl von Fragen in mir aufgeworfen, die ich versuchsweise den ersten zehn Spalten des Artikels zuordne, um den Bezug herzustellen:

1. Spalte

Erkennt das Ökumenische Netz (ÖN) bereits einen „Zusammenbruch“ des US-Imperiums?

Die Krise agiert sich aus in den bekannten Phänomenen: soziale Spaltungsprozesse, Verschuldung, Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, Zerfall von Staaten,

(Bürger-)Kriege, Migration und Flucht, ideologische und gewaltsame ‚Verarbeitungsstrategien‘... Länder der westlichen Zentren konnten die Krisenprozesse zunächst einmal durch Verlagerung nach außen abfedern: die USA über Defizitkreisläufe, in denen – vermittelt über den Dollar als Weltgeld – die exorbitante Verschuldung im Rahmen einer regelrechten Finanzblasenökonomie jahrzehntelang aufrecht erhalten werden konnte. Dennoch war auch die Krise in den USA nicht zu übersehen. Hohe Verschuldung auf allen Ebenen (Staat, Unternehmen, privat) und Deindustrialisierung kennzeichneten auch die Situation der USA. Daher war der Status des US-Dollar als Weltleitwährung nicht mehr Ausdruck ökonomischer Stärke. Grundlage für den Dollar als Weltleitwährung und Grund für sichere Geldanlagen in den USA war ‚nur‘ noch deren militärische Stärke. Auf der globalen Ebene zeigte sich die Krise im Scheitern der Versuche, durch militärische Interventionen in den Zerfallsprozessen Ordnung zu schaffen.

Die USA als Weltpolizist wie in den 1990er und 2000er Jahre können schon seit dem Syrien-Krieg (seit 2011), spätestens nach dem kompletten Rückzug aus Afghanistan (2021) nicht mehr als solcher agieren. Insofern kann man von einem ‚Zusammenbruch‘ der ‚pax americana‘ sprechen. Es scheinen sich zwei Blöcke heraus zu kristallisieren: China und Russland auf der einen sowie die USA mit ihren Verbündeten in Westeuropa und im pazifischen Raum. In dieser Konstellation wird der Konkurrenzkampf um das Bestehen in der Krise des kapitalistischen Weltsystems ausgetragen, z.B. als Kampf um den Zugriff auf Rohstoffe, die Weltleitwährung oder Einflusszonen. Darin ist der Krieg um die Ukraine ein Kampf um deren Zugehörigkeit in sich neu bildenden Blöcken. Im Unterschied zum alten Ost-West-Konflikt, der wesentlich in der Phase fordistischer Prosperität ausgetragen wurde, geht es jetzt um Versuche, die mit dem zerfallenden Weltsystem verbundenen Krisen zu bewältigen.

3. Spalte

Führt das ÖN den „Ruin“ des Ostblocks ausschließlich auf die „Standort-Konkurrenz“ der modernen kapitalistischen Warenproduktion zurück?

Die Suche nach Ursachen ist insofern oft zu eng, weil sie zu schematisch von einem Ursache-Wirkungsverhältnis ausgeht und darin auch noch etwas ausschließlich auf eine Ursache zurückzuführen, ist dann noch problematischer. Wir versuchen daher, eher Prozesse zu begreifen. Und da lässt sich sagen, dass die etatistische Variante der Warenproduktion sich gegenüber der liberalen Variante ökonomisch als weniger flexibel und effektiv, bürokratisch borniert und im Blick auf das Zusammenleben der Menschen repressiv erwies. Von daher hinkte sie hinter der liberalen Variante hinter her, bis sie dann auf das Ende ihrer immanenten Entwicklungsmöglichkeiten stieß. Der Beginn des „ruinösen“ Prozesses ist bereits in den 1970er/1980er Jahren zu sehen, als die UdSSR nicht mehr die mikroelektronische Revolution mitvollziehen konnten. Hier zeigten sich die systemischen Nachteile des staatlich gelenkte Kapitalismus vollends: seine Statik und mangelnde Flexibilität, das Fehlen des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten über deregulierte Finanzmärkte... Einen der letzten Rettungsversuche der DDR hat Strauß mit der Besorgung von Krediten unternommen. Dabei war vor allem die fallende und delegitimierte DDR mit der sog. Demokratiebewegung konfrontiert. Aber auch in anderen Ländern des Ostblocks wehren sich Menschen gegen Repression und Autoritarismus. Mit all dem einher ging die Rüstungsspirale, die die Kosten in diesem Bereich so stiegen lassen, dass die Sowjetunion bankrott ging. Hinzu – aber nicht

entscheidend – kommen politische Verwerfungen, sprich die Demonstrationen gegen die Einengungen dieser Form des Autoritarismus.

Entscheidend dabei ist: Beide Varianten der kapitalistischen Warenproduktion stoßen auf eine innere logische und eine äußere ökologische Schranke. Die innere logische Schranke hat Marx als ‚prozessierenden Widerspruch‘ beschrieben, der die Warenproduktion dazu zwingt Arbeit als Quelle von Wert- und Mehrwert durch Technologie zu ersetzen. Wenn der Wertverlust nicht mehr durch Ausweitung von Produktion und Märkten, also durch mehr Waren, kompensiert werden kann, verliert die gesamte Veranstaltung ihre Grundlage. Gleichzeitig stößt die Warenproduktion, die darauf ausgerichtet ist, in einer endlichen Welt immer mehr Waren für die Akkumulation von Kapital zu produzieren, auf die äußere ökologische Schranke, die sich aus der Endlichkeit und Verletzlichkeit der Erde ergibt. D.h. der Kapitalismus kann sich nicht mehr reproduzieren, d.h. keine Waren mit hinreichender Wertschubstanz mehr produzieren und auch die abgespaltene Reproduktion nicht mehr aufrecht erhalten. Von diesem Problem war die etatistische, weil kapitalistisch Schwächere Variante der Warenproduktion zuerst betroffen – allerdings nicht als erstes, denn die Verschuldungskrise der 1980er ließ zu aller-erst einen Großteil der Länder in der kapitalistischen Peripherie bankrott gehen. Deren Zusammenbruch nahm ‚der Westen‘ als Sieg und nicht als Vorbote des eigenen Scheiterns wahr. Das ist der entscheidende Irrtum, der sich angesichts des Krieges in der Ukraine im größtenwahnsinnigen Agieren des Westens ‚rächt‘.

4. Spalte

Stellt das ÖN alle „westlichen Interventionen und Kriege“ gleichermaßen und gleichartig in den „Rahmen der Zerfallsprozesse“ des kapitalistischen Systems? Gab es nicht weitere und unterschiedliche Faktoren in Ex-Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan?

Die Krisen in den einzelnen Regionen stellen sich in ihren Verläufen entsprechend jeweils eigener politisch-ökonomischer Bedingungen und kultureller Verschiedenheiten im Detail unterschiedlich dar; sind aber von dem Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Zerfallsprozesse nicht zu trennen. Daher können die Interventionen seit dem ersten Irakkrieg (1991) und danach in Ex-Jugoslawien, über Afghanistan und Irak bis hin zum Libyen-Einsatz 2011 mit einer Formulierung von Robert Kurz als Weltordnungskriege bezeichnet werden. D.h. die Ablösung des Ost-West-Konflikts in der pax americana musste militärisch gesichert werden. Diese Absicherung vollzog sich tatsächlich schon im Zerfallsprozess des Kapitalismus, der mit der mikroelektronischen Revolution seit den 1970er Jahren anfang sich durchzusetzen und Wirkung zu zeigen. Die Auflösung des Gold-Dollar-Standards, die Verschuldungskrise mit Zahlungsunfähigkeit der Zweidrittelwelt seit 1982 (als erstes in Mexiko), die zunehmende Bedeutung der Finanzmärkte (und der damit zusammenhängenden Verschuldungsprozesse – staatlich, unternehmerisch, privat), die Ausweitung der Globalisierung in Form verbilligter Produktion in den Werkbänken der Welt (vor allem China und Ostasien) sowie zusätzlicher Märkte sind alles Phänomene dieses Prozesses, der als Sieg des Kapitalismus verstanden wurde, aber de facto eine Aushöhlung seiner Grundlage, der abstrakten/wert-schaffenden Arbeit kompensierte – und dabei an die innere logische Grenze des Kapitalismus (wertschaffende Arbeit als Grundlage kapitalistischen Reichtums wird

gleichzeitig durch Technologie ersetzt, um in der Konkurrenz von Unternehmen und Standorten wettbewerbsfähig zu bleiben) sowie zunehmend an seine äußere, ökologische Grenze stieß (s.o.). Die damit einhergehenden Probleme – Staatszerfall in vielen Weltregionen, mit Bandenkriegen, mafiösen Strukturen (Drogenhandel, Waffenhandel, Frauenhandel) und religiös-fundamentalistischen Ideologien (v.a. im sog. Nahen und Mittleren Osten) – sind sicher mehrschichtig, ungleichzeitig und vermittelt mit ideologischen und regionalen Aspekten, aber entscheidend an diesen Zerfallsprozess des Weltkapitals gebunden und insofern auch die Kriege, die diesen Prozess ordnen wollten, in diesem „Rahmen“ zu verstehen.

5. Spalte

Sieht das ÖN die NATO-Osterweiterung ausschließlich oder vorrangig als „Kompensation“ für die „inneren Widersprüche“ der Krisenprozesse an?

Welche militärischen Aktivitäten des Westens hält das ÖN für eine „Begleitung“ der Degradierung Russlands?

Auch hier ist wieder Vorsicht vor monokausalen Erklärungen (als des strikten Identifizierens einer oder mehrerer Ursachen) geboten. Was zur Nato-Osterweiterung getrieben hat, ist letztlich schwer zu sagen. Faktoren, die dabei eine Rolle gespielt haben können, sind Selbstüberschätzung als Sieger, aber auch die (möglicherweise unbewusste) Demonstration der eigenen Größe trotz der unübersehbaren Zerfallsprozesse. Entscheidend ist, dass Russland davon in seiner eigenen ökonomischen Schwäche wie als angeschlagene Großmacht, als die es sich immer noch sieht, getroffen ist. Hinzu kommt, dass östliche Länder die ‚Schnauze voll‘ voll hatten von russischer Bevormundung und Bedrohung. Das vermischt sich wiederum mit recht unrealistischen Träumen und Vorstellungen vom Westen als Hort von Konsum und Freiheit. Primär dürfte die Osterweiterung, die vor allem ökonomisch durch die EU vorangetrieben wurde, ein Versuch der Erweiterung von ökonomischen Kapazitäten, sprich billige Produktion und Märkte, sein.

Das Auslaufen lassen diverser Regulatorien im Bereich verschiedener Waffensysteme (ABM usw.) sowie die Installierung eines Raketenabwehrsystems sind als solche „Begleitung“ ökonomischer Prozesse zu verstehen.

6. Spalte

Mit welchen Mitteln soll die Ukraine „auf einen prowestlichen Kurs gebracht“ worden sein?

Zum einen gibt es Hinweise darauf, dass Selenskyj mit westlicher Hilfe an die Macht gebracht wurde, um mit ihm einen Ausweg aus der Krise zu schaffen, in der sich eine zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung und wachsende Macht von Oligarchen miteinander verbanden. Viele versprachen sich, eine bessere wirtschaftliche Entwicklung und die ‚demokratische‘ Einbindung und Kontrolle mächtiger Oligarchen.

Warum steht vor dem Wort „Demokratiebewegung“ ein entwertendes „sog.“?

Das ‚sog.‘ steht vor ‚Demokratiebewegung‘, weil dieser Begriff recht diffus ist, nicht alles erklärt und dabei ausblendet, dass diese Bewegung auch von rechten faschistischen Kräften durchsetzt war.

Welchem „Strukturanpassungsregime“ wurde der Ukraine „unterworfen“ und wie? Woran lässt sich die „weitere Verarmung“ der Bevölkerung ablesen?

Es sind jene ‚Anpassungsmaßnahmen‘, die wir auch von der Zweidrittelwelt her kennen. Sie zielen darauf, Staatsinterventionen abzubauen, damit die Märkte ungehindert ihre Dynamik entfalten können, also Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung – was vor allem Sozialabbau bedeutet. All das, was in der Ausweitung der Krisenerscheinungen nicht auf die Zweidrittelwelt beschränkt blieb, sondern auch die sog. Industrieländer erreichte.

Ist die Aufnahme in die EU für die osteuropäischen Länder nur von Nachteil gewesen („billiger Produktionsort“, „verschuldete Konsumenten“)? Oder haben sie nicht auch profitiert durch die EU-Gelder?

Vor- und Nachteile sind unterschiedlich verteilt. Die bisherigen Erfahrungen mit neoliberalen Strukturanpassungen haben gezeigt, dass sie mit der Verarmung großer Teile der Bevölkerung und sozialen Spaltungsprozessen einher gingen, was wiederum zu Unruhen und verschärfter Repression führte. Der Befreiungstheologe Franz Hinkelammert hat die Tendenz angesichts der Entwicklungen in Chile – dem ersten neoliberalen Projekt – auf den Punkt gebracht: ‚Sozialstaat versklavt. Polizeistaat macht frei.‘

Damit es an Details nicht uferlos wird, verweisen wir auf Veröffentlichungen von Tomasz Konicz, der diese Prozesse seit 2005 immer wieder detailliert dargestellt hat:

<http://www.konicz.info/?cat=2>

7. Spalte

Meint das ÖN, dass Russland ungewollt in die „Rolle eines Energie- und Rohstofflieferanten gedrängt“ wurde? Oder hat die Regierung diese Rolle freiwillig gespielt, Devisen eingenommen, Abhängigkeiten geschaffen, einen Umbau der eigenen Industrie versäumt?

„Ungewollt“, „freiwillig“, „gedrängt“ sind zu voluntaristische Kategorien, um die Prozesse zu charakterisieren, die wir hier beschrieben haben. Die kapitalistische Herrschaft ist eine abstrakte Herrschaft, in die Akteure notgedrungen einbezogen sind. Sie können aus den über Konkurrenz vermittelten Zwängen der Warenproduktion nicht einfach aussteigen – auch wenn sie das ‚wollen‘ sollten. Das heißt nun nicht, dass ihr Handeln ‚determiniert‘ wäre. Es ist aber in Zwänge eingebunden, die den Rahmen des Handelns darstellen. Je weiter die Krisenprozesse voranschreiten, schwinden die Gestaltungsmöglichkeiten. Privatisierungen und die Abschiebung sozialer und politischer Verantwortung in ‚Eigenverantwortung‘ sind geradezu Symptome dafür.

Dies vorausgesetzt kann es im Blick auf die verschiedenen Situationen ein mehr oder weniger geschicktes Handeln, verpasste Gelegenheiten etc. geben.

Letztlich aber sehen wir nicht, welche Möglichkeiten Russland im Rahmen der globalen Konkurrenz gehabt haben könnte, nicht zum Rohstoff- und Energielieferanten zu werden.

Unter noch günstigeren Voraussetzungen sind ja Länder in ihren Versuchen, im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz eine nachholende Entwicklung/Modernisierung zu schaffen, gescheitert.

Habe ich die Aussage richtig verstanden, dass Russland den Ukraine-Krieg führt, um dieses „Drängen“ des Westens (s.o.) endlich zu begrenzen?

Sind die Großmachtsträume Putins in den Augen des ÖN nur eine ideologische „Begleitung“ dieser Notwehr?

Dass Russland den Krieg als Notwehr gegen westliche Bedrängnis führt, hast Du nicht nur nicht ‚richtig‘, sondern völlig falsch verstanden. Dieser Krieg Russlands ist mit nichts zu rechtfertigen. Das darf aber nicht daran hindern zu verstehen, was geschieht und vor allem, wie das Geschehen eingebettet ist in die angedeuteten Konstellationen und Problemzusammenhänge. Sie können den Krieg nicht rechtfertigen. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wenn es gelingen soll, einen Ausweg aus der Katastrophe zu finden, dann bedarf es eines Verstehens, das die Komplexität der Situation und darin das Handeln der Akteure zu begreifen sucht. Gerade die gefährlichen Reduktion der Komplexität in der Personalisierung auf Putin oder in anderen Kreisen auch auf die böse USA-NATO befeuert den Konflikt. Leider ist es nicht so einfach, dass es um gut und böse, Freiheit und Diktatur etc. ginge.

Der etwas schwammige Begriff ideologische ‚Begleitung‘ legt vielleicht die falsche Vorstellung nahe, als ginge es um die Instrumentalisierung einer Ideologie (wörtlich ja von Vorstellungen, Ideen), um ein Handeln gleichsam nachträglich zu rechtfertigen. Leider ist es auch hier komplizierter. Ideologien können sich so verselbständigen, dass sie als geglaubte Leitvorstellungen das Handeln prägen. So wird ja auch im Westen trotz aller realer Dementierung der Menschenrechte z.B. im Umgang mit Geflüchteten, trotz Guantanamo etc. so getan als seien sie tatsächlich das Handeln prägenden Vorstellungen, und das so, dass dies auch geglaubt wird.

U.E. führt Russland diesen Krieg als Ausdruck der Ausweglosigkeit aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus im allgemeinen (die sich auch in Russland bemerkbar machen) und der speziellen Situation in Russland, das wären stichpunktartig formuliert: Nicht konkurrenzfähig, Ausgehen der natürlichen Ressourcen sowie einschränkende Exportmöglichkeiten durch die begonnen Umstruktuirung auf ‚grüne Wirtschaft‘, innerstaatliche Auseinandersetzungen durch soziale und politische Spannungen sowie eine ideologische Phantasiewelt eines großrussischen Reiches (übrigens ähnlich den ‚groß-türkisch-osmanischen‘ Phantastereien Erdogans). Wie schon angedeutet, heißt Begleitmusik hier nichts beiläufiges: Die verschiedenen Ebenen der Realität, die wir versuchen zu begreifen, haben alle ihre Bedeutung – die ökonomische, die politische, die ideologische, die sozialpsychologische (die erst im nächsten Text mit aufgeführt wird). Sie hängen dabei alle miteinander zusammen und sind nicht gegeneinander auszuspielen, sondern miteinander zu vermitteln. Dass wir dabei Ideologie als „Begleitmusik“ bezeichnen, bedeutet nicht, dass sie keine Bedeutung hat, sondern dass sie nicht alles entscheidend ist, genauso wenig wie die ökonomischen Aspekte allein-entscheidend sind.

10. Spalte

Wenn mit der „gegenwärtigen Situation“ der Krieg und die Handlungen des Westens gemeint sind: Inwiefern ist der „irrationale Selbstzweck der Vermehrung von Geld bzw. Kapital“ der Übeltäter? Wer vermehrt denn dadurch gerade Geld oder Kapital? Gehen nicht vielmehr Unmengen finanzieller Ressourcen dabei drauf?

Das Kapital kann allein deshalb schon kein ‚Übeltäter‘ sein, weil es eine Struktur bzw. ein gesellschaftliches Verhältnis bezeichnet, in dessen Rahmen Akteure handeln. Diese Struktur richtet die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Geld/Kapital aus. Theologisch können wir auch von einem Götzen sprechen, der die Verhältnisse und auch das Reden über sie nicht determiniert, aber prägt. Durch den Krieg wird gesamtgesellschaftlich kein Kapital vermehrt. Und dennoch geht es darum die Verhältnisse aufrecht zu erhalten, die im Rahmen von Markt und Demokratie in ihrem Kern davon geprägt sind, dass dem zentralen irrationalen Selbstzweck der kapitalistischen Gesellschaft Raum gegeben wird. Dabei zeichnet sich die Tendenz ab, dass je mehr in den Krisen Spielräume enger werden, die Demokratie umso mehr die ihr inhärente autoritäre Seite bis hin zum Ausnahmezustand zeigt.

Weder die ‚Profiteure‘ noch die negativ von deren Handeln beeinflussten Menschen können die Strukturen der Wert-Abspaltungs-Gesellschaft, also des globalen Kapitalismus überwinden, sondern sind darin gefangen. Insofern geht es darum, diese Fetischgesellschaft als Ganzes zu kritisieren – und zu überwinden –, und nicht einfach ihre Handlungsträger ‚verantwortlich‘ zu machen. Was ihnen aber sehr wohl vorgeworfen werden kann ist ihre Affirmation, ihr unkritisches Aufgehen in diesen Strukturen bis zur Verteidigung mit sozialdarwinistischen Ideologien oder gar mit Waffengewalt...

Meine entscheidende Frage ist aber: Und was nun? In der Stellungnahme heißt es: den Blick auf das Ganze richten, mit Mythen brechen, selbstkritisch über die eigenen Verstrickungen reflektieren. Das ist alles richtig und gut. Aber sind Hinschauen, Entmythologisieren und Reflexion ausreichend als Handlungsempfehlung in der akuten Kriegssituation? Was rettet jetzt die Menschen in der Ukraine – und die Soldat*innen auf beiden Seiten? Oder gibt es keine Rettung bis zur Überwindung des Kapitalismus?

Diese Frage möge man mir verzeihen, auch wenn sie sarkastisch klingt!

Veronika Hüning, Höhbeck

Diese „entscheidende Frage“ wird zur „Killerfrage“, wenn sie gegen diejenigen gewendet wird, die versucht haben, komplizierte Verhältnisse zu analysieren. Sie wird sarkastisch, wenn angedeutet werden soll, die ‚Analytiker‘ wollten sich dieser Frage entziehen, da es ja keine „Rettung bis zur Überwindung des Kapitalismus“ gebe. Damit würden in archaischer Weise die Boten für die Nachricht verantwortlich gemacht.

Dass die „entscheidende Frage“ nach der Praxis immer aporetischer wird, ist den Krisenverhältnissen des Kapitalismus geschuldet. Immanente Handlungsmöglichkeiten ergaben sich ja aus der Polarität zwischen Markt und Staat. In dieser Polarität ist der Staat eine gegenüber dem Markt regulierende Instanz. Gegen die konkurrierenden Einzelkapitalien ist es seine Aufgabe, das Ganze der kapitalistischen Gesellschaft funktionsfähig zu erhalten. Mit der fortschreitenden Krise des Kapitalismus verliert auch der Staat mehr und mehr seine Grundlagen. Er kann nur ‚steuern‘, wenn er vom Akkumulationsprozess hinreichend ‚Steuereinnahmen erhält. Mit der Krise der Akkumulation von Kapital werden aber den Staaten mehr und mehr ihre Gestaltungsgrundlage entzogen. Die neoliberale Globalisierung konnte bisher die Krisenprozesse in den Zentren verzögern. Nun aber scheint es auch damit vorbei. Was wir bisher von ‚zerfallenden Staaten‘ an der Peripherie kennen, frisst sich mehr und mehr in die Zentren vor und ist von Staaten immer weniger beherrschbar.

Die Forderungen sozialer Bewegungen hatten sich bisher vor allem an die Politik gerichtet. Aber deren Spielräume schwinden und damit gehen die Forderungen und mit ihnen die Aktionsformen, die ihnen Nachdruck verleihen wollen, mehr und mehr ins Leere. Damit ist die Frage „Was nun?“ im Rahmen der gesellschaftlichen Konstellationen nicht mehr zu beantworten. Um es im Blick auf den aktuellen Krieg wenigstens noch zu verdeutlichen: Die Diskussion konzentriert sich auf die Frage der Waffenlieferungen. Ohne zu begreifen was in der Ukraine und in den Reaktionen des Westens vor sich geht, sind alle unmittelbaren Antworten Scheinantworten. Wenn wir – wie es notwendig ist – den Krieg in seinen geopolitischen Konstellationen und das heißt in den Zerfallsprozessen des Kapitalismus zu begreifen versuchen, werden einem die einfachen Antworten aus der Hand geschlagen. Das liegt aber nicht an denen, die zu begreifen suchen, sondern an der Aporie der Verhältnisse. Dass wir dabei nicht gemächlich die Hände in den Schoß legen können, um abzuwarten, bis sich der Kapitalismus selbst abgewickelt hat, verbietet die Gefährlichkeit der Situation, die immer mehr Menschen in den Abgrund der Zerstörungsprozesse reißt und deren immanente Ausweglosigkeit zudem die politischen Handlungsträger in einen Amoklauf treiben kann, der das Potential der Weltvernichtung in sich trägt, das von der wahnhaften Abwehr gegen die eigene Schwäche/Ohnmacht etc. getrieben ist, und halluziniert, sich die eigene Größe wenigstens im heldenhaften Untergang beweisen zu können.

Es gibt zwei Richtungen, in die eine Antwort gesucht werden könnte. Wenn die Gesamtkrisen nicht weiter eskalieren und auf den verschiedenen Ebenen immer mehr Tote fordern sollen, brauchen wir den Ausstieg aus der kapitalistischen Vergesellschaftung durch entsprechende Transformationsprozesse. Die sind aber nicht einfach praktisch mal so zu machen, sondern setzen Erkenntnis und die Einsicht voraus, was genau in der kapitalistischen Vergesellschaftung negiert werden muss.

Zum zweiten muss es angesichts der tödlichen Katastrophen immer auch um die Möglichkeiten eines Handelns gehen, das wenigstens vorübergehend Erleichterung bringt. Im Blick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine wären die Waffenlieferungen zu unterbrechen und endlich Positionen in ‚Verhandlungen‘ einzubringen, die im Interesse derer, die in dem Krieg als Menschenmaterial verheizt werden, Auswege schaffen könnten. Das geht nicht ohne Zugeständnisse und damit verbundene Risiken. Die Risiken des Sterbens, der Zerstörung und einer atomaren Eskalation sind ungleich größer. Es müssten Zugeständnisse sein, den Machtbereich der NATO begrenzen und eine Stabilität in einem ‚status quo‘ ermöglichen, von dem aus andere Entwicklungen eingeleitet werden könnten. Das aber müsste als ‚Unterbrechung‘ genutzt werden, um Transformationsprozesse voranzubringen, die nur dann eine Lösung beinhalten können, wenn sie mit einem konsequenten Bruch mit dem verbunden sind, was die kapitalistische Gesellschaft konstituiert.

Die Ohnmacht angesichts der Praxisfrage zeigt sich auch im offenen Brief des Bundesvorstandes an die Mitglieder von pax christi vom 14. März 2022. Unter dem Abschnitt „Was können wir jetzt tun?“ findet sich eine Ansammlung von Allgemeinplätzen wie „die Verheißung auf eine Zukunft in Frieden wachzuhalten ... Friedensgebete ... Mahnwachen und Demonstrationen ... Kriegsdienstverweigerer ... aufzunehmen“. Auf all das kommen wir auch und halten es auch nicht für falsch. Es ist aber keine adäquate Antwort auf die dramatische Situation. Die „entscheidende Frage“ bleibt ungeklärt. Das ist auch dem Bundesvorstand nicht vorzuwerfen. Zu kritisieren ist, dass er in seinem Brief keine oder kaum analytische Einsichten zu bieten hat und dass genau dies Ausdruck einer jahrzehntelangen Ignoranz der Bundesebene von pax christi gegenüber kapitalismuskritischen Fragen ist. Eine „sarkastische“ Frage können wir uns jetzt doch nicht verkneifen: Warum kommt der Bundesvorstand mit seinen Schein- bzw. Allerweltsantworten auf die Praxisfrage durch, während Kapitalismuskritiker hart ‚zur Brust genommen‘ und für etwas verantwortlich gemacht werden, was sie gar nicht zu verantworten haben?

21.5.22, Herbert Böttcher und Dominic Kloos